

Work N' Lunch Türkei

Wohin steuert die Türkei?

Fragen und Antworten in schwierigen Zeiten

Der neu aufflammende Kurd_innenkonflikt, der Kampf gegen den IS-Terror, eine fehlgeschlagene Regierungsbildung, Neuwahlen im November 2015, Erdogans Rolle als Präsident und die Türkei als Transitland für Flüchtlinge: War die Türkei vor wenigen Jahren noch eine aufstrebende Kraft, befindet Sie sich nun gleich in mehreren Krisen.



In Deutschland leben rund drei Millionen Türkischstämmige, das Handelsvolumen zwischen der Türkei und NRW liegt bei rund acht Milliarden Euro jährlich. Gleich mehrere nordrhein-westfälische Hochschulen sind derzeit am Aufbau der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul beteiligt. Auch für Nordrhein-Westfalen rücken daher die aktuellen Entwicklungen in den Fokus.

„Wohin steuert die Türkei? - Fragen und Antworten in schwierigen Zeiten“ lautete das Thema der Veranstaltung, zu der das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen der Gesprächsreihe „Work N'Lunch“ am 17. September in Düsseldorf einlud. Mit der Reihe soll ein Beitrag geleistet werden, die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für das Inland stärker zu erschließen und über Entwicklungen und die gesellschaftspolitische Situation im europäischen Ausland mit unseren Gesprächspartner_innen aus dem In- und Ausland und Gästen zu diskutieren. Mit regem Interesse begleitete ein interessierter Kreis aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, darunter der griechische Generalkonsul Grigorios Delavekouras, sowie der deutschtürkische Journalist und Leiter der türkischen Redaktion der Deutschen Welle, Bahar Güngör, die Veranstaltung.

Als Referent_innen waren die Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Svenja Schulze und der Leiter des Istanbul Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Felix Schmidt zu Gast.

Pflege und Intensivierung der Verbindung zwischen der Türkei und NRW

Eine zweiwöchige Delegationsreise von Ministerin Svenja Schulze im Frühjahr 2015 zielte darauf ab, Wissenschaftskooperationen zwischen der Türkei und Nordrhein-Westfalen zu pflegen und auszubauen. Sie berichtete, dass die Türkei einerseits enorm vom Wissenschaftstransfer profitiere und andererseits Deutschland und seine Zivilgesellschaft, angesichts der Herausforderungen durch Migration und flüchtende Menschen, auf interkulturelle Kompetenzen angewiesen sei. Wissenschaftlicher und zwischenmenschlicher Austausch trage so zu einer besseren Verständigung bei. Schulze betonte, dass türkische Wissenschaftler_innen sehr an einem deutsch-türkischen Austausch interessiert seien und in der Türkei, trotz der schwierigen Lage der Presse- und Wissenschaftsfreiheit, selbstbewusst ihre Rechte einfordern würden.

Zum Schluss unterstrich die Ministerin, dass es von enormer Bedeutung sei, Talente zu entdecken, zu fördern, Ausbildungswege aufzuzeigen und Fachkräfte auszubilden. Diese Ziele seien, sowohl in NRW als auch in der Türkei, im Hinblick auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. So könnten durch das Angebot einer qualitativ hochwertigen und interkulturellen Ausbildung, Zukunftschancen der jungen, zunehmend internationalen Generation beider Länder verbessert werden.

Die Rolle von Staatspräsident Erdogan

Im Anschluss schilderte Dr. Felix Schmidt seine Eindrücke der aktuellen Situation in der Türkei. Präsident Erdogan habe, so Schmidt, gezielt darauf hingewirkt, dass die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl im Juli 2015 zwischen den beiden größten Parteien, Erdogans konservativer AKP und der sozialdemokratischen CHP, gescheitert seien. So bestehe die Konsequenz nun aus Neuwahlen im September, in welchen die AKP einen erneuten Versuch unternehmen könne, die zuvor verfehlte Zweidrittelmehrheit im türkischen Parlament zu holen. Erdogan habe auf dem Parteitag der AKP im September die Personalauswahl massiv beeinflusst und werde, nach Einschätzung von Felix Schmidt, obwohl er als Staatspräsident eigentlich zur Neutralität verpflichtet sei, den Wahlkampf dominieren.

Die Situation im Kurd_innenkonflikt

Der Konflikt mit der kurdischen Minderheit ist seit dem Anschlag von Suruc neu ausgebrochen. Das türkische Militär hat dabei neben dem Islamischen Staat auch PKK-Stellungen im Nordirak angegriffen. Dr. Felix Schmidt berichtete, dass die Opfer des Konfliktes sehr ungleich gewichtet seien. So würden tote Sicherheitskräfte auf türkischer Seite medial zu Märtyrern stilisiert, während umgekommene Zivilisten und PKK-Kämpfer keine Beachtung fänden. Dies sei nur ein kleines Beispiel dafür, dass die Stimmung in der Bevölkerung zunehmend radikaler und nationalistischer werde. Darüber hinaus habe es Anschläge auf türkische Geschäfte, Busse und die Parteizentrale der prokurdischen HDP gegeben. Weiter merkte Schmidt an, dass man Kurdenführer Abdullah Öcalan, der den Friedensprozess sicherlich mit wenigen Worten beleben könnte, nicht zu Wort kommen lassen würde. So befinde man sich nun in einer komplexen Situation:

Auf der einen Seite gäbe es eine teilweise radikale PKK, die in der EU immer noch als Terrororganisation eingestuft sei und auf der anderen Seite völlig unverhältnismäßige Luftangriffe gegen kurdische

Stellungen. Nun gelte es zu beschwichtigen und zwischen beiden Seiten im Interesse der Türkei und auch Europas zu vermitteln.

Zur aktuellen Lage der Presse und Medien

Weiter thematisierte Dr. Felix Schmidt die aktuelle Situation der Presse und Medien in der Türkei, die auf der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ auf Platz 149 von 180 geführt wird. Er erklärte, dass zwei Anschläge vom 6. und 9. September auf die angesehene Zeitung „Hürriyet“ zeigten, wie angespannt die Situation im Kampf darum sei, was Zeitungen und Presse noch schreiben dürften. Auch die Tatsache, dass ein AKP-Abgeordneter ohne Widerspruch zu erhalten, verkündete, dass Institutionen wie die „Hürriyet“ verschwinden würden, sobald Erdogan wieder Regierungschef sei, sieht Schmidt als Beispiel, wie es um die Pressefreiheit in der Türkei steht.



Dr. Felix Schmidt

Flüchtende Menschen in der Türkei

Mit Bezug auf die Flüchtlingskrise und den Bürgerkrieg in Syrien, berichtete Schmidt, dass in der Türkei etwa drei Millionen offiziell registrierte flüchtende Menschen leben würden. Camps und Unterkünfte seien zwar enorm gut ausgestattet und organisiert, die Türkei wäre aber auf lange Sicht mit diesen Herausforderungen alleine gelassen worden. An dieser Stelle übte er Kritik an den europäischen Staaten und stellte die These auf, dass die Situation in Europa im Hinblick auf Flüchtlinge heute eine andere wäre, wenn man die Türkei vor zwei Jahren besser unterstützt hätte.

Zum Schluss betonte Schmidt, dass die Situation in der Türkei zur Zeit sehr angespannt sei. Er sagte aber dennoch, dass die Türkei mehr ausmache, als die Person Erdogan. Auch die manchmal in den Medien skizzierte Linie vom neosmanischen Reich sei nur eine Facette. Er unterstrich, dass die Türkei eine sehr lebhaftere Mittelschicht und emanzipatorische Zivilgesellschaft habe, die nicht zu unterschätzen sei. Er appellierte, die Türkei nicht nur zu kritisieren, sondern zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Kontakte weiter zu intensivieren um die demokratischen Akteure_innen nicht im Stich zu lassen.

Bahar Güngör, Träger des deutsch-türkischen Freundschaftspreises, unterstützte Schmidt und merkte an, dass die Türkei als Mitgründerin des Europarates und der OECD eng verbunden mit den europäischen Werten sei. Er unterstrich ebenso die enorme (wirtschaftliche) Entwicklung der Türkei seit 2000 und forderte, dass Kontakte in angespannten Zeiten nicht abreißen dürften.

Text: Damian Jordan, Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktion: Martin Pfafferott, Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Iris Nelles, Friedrich-Ebert-Stiftung